Cancel Cultur und das Canceln von Kritik

Der Begriff der Cancel Culture dominiert mittlerweile seit einigen Jahren Kulturdebatten in Europa und den USA. Diese Debatte ist allerdings keine globale Debatte. Im Nahen Osten, in China, Afrika oder Lateinamerika können auch Intellektuelle oft wenig mit dem Begriff anfangen.

Mag. Dr. Thomas Schmidinger, Politikwissenschafter, lehrt an der University of Kurdistan Hewler (Irak), Universität Wien, Fachhochschule Oberösterreich

Begriff und Debatte kommen aus den USA und dem anglosächsischen Diskurs, wo „to cancel" bedeutet, jemanden fallen zu lassen. In den Jahren 2017 bis 2019 entwickelte sich daraus der Begriff der „Cancel Culture". Er wurde zunehmend von Journalist:innen, Intellektuellen und Politiker:innen verwendet, die damit eine vermeintliche Kultur öffentlicher Ächtung und sozialer Sanktionen kritisierten. Besonders bekannt wurde 2020 der offene Brief, den unter anderem Noam Chomsky, Margaret Atwood und J. K. Rowling unterzeichneten, worin diese vor einer Einschränkung offener Debatten durch öffentliche Kampagnen warnten.

Die meisten Unterzeichnenden gehören nicht zur Rechten, sondern eher zu liberalen oder gar linksliberalen Kreisen, im Falle Chomskys sogar sehr explizit zur Linken, allerdings zu einer libertären Linken, die Meinungsfreiheit als sehr hohes Gut betrachtet. So verteidigte etwa der linke Anarchist Chomsky bereits in den 1980er-Jahren die freie Meinungsäußerung des französischen Holocaustleugners Robert Faurisson, dessen Meinung er zwar nicht teilte, dessen Recht den Holocaust zu leugnen, er aber verteidigte.

Aspekte der Meinungsfreiheit

Insbesondere in der politischen Kultur der USA wird die Meinungsfreiheit extrem hoch gehalten und vom First Amendment der US-Verfassung garantiert. Extremistische, rassistische oder beleidigende Äußerungen sind dort rechtlich geschützt, solange sie nicht unmittelbar zu Gewalt aufrufen. So sind in den USA etwa auch nationalsozialistische Symbole und offen rassistische, homophobe oder antisemitische Propaganda legal. Politischer, religiöser oder antireligiöser Extremismus ist so lange von der Meinungsfreiheit gedeckt, solange er nicht zum Terrorismus als Methode aufruft. Damit hat die USA ein fundamental anderes Verständnis von Meinungsfreiheit als etwa Österreich, wo etwa nationalsozialistische Wiederbetätigung, aber mittlerweile auch bestimmte andere als extremistisch verstandene Symbole verboten sind. Während in Österreich „Hass im Netz" bekämpft wird, gilt in den USA jegliches Vorgehen gegen Beschimpfungen oder rassistische, homophobe oder frauenfeindliche Attacken im Internet als Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Auswirkungen auf social Media

Deutlich wurde dies in den jüngsten Auseinandersetzungen um diverse Social Media Plattformen. Lange Zeit waren die meisten großen Plattformen – etwa Meta, Google oder X (ehemals Twitter) – weitgehend nach amerikanischen Regeln organisiert. Nach den Erfahrungen mit islamistischem Terrorismus, russischer Desinformation, Hasskampagnen und Wahlbeeinflussung begannen europäische Staaten und die EU jedoch, stärkere Regulierungen zu verlangen. Auf Europäischer Ebene wurde der Digital Services Act (DSA) erlassen, der Social Media Plattformen unter anderem dazu zwingt, illegale Inhalte schneller zu entfernen, Risiken für Demokratie und Wahlen zu analysieren, mehr Transparenz über Algorithmen herzustellen und Forscher:innen Zugang zu bestimmten Daten zu ermöglichen. US-Politiker:innen, insbesondere, aus der Republikanischen Partei sehen den DSA daher vielfach als Instrument zur Einschränkung freier Rede.

Aber auch in den USA setzte sich in ein anderer Teil der US-Linken oder auch des Linksliberalismus, seit einigen Jahre gegen Rassismus, Homo- oder Transphobie oder andere Formen von Hass ein. Dabei wurde auch das US-Geschichtsbild kritisiert und eine Auseinandersetzung mit den Kolonialverbrechen der USA eingefordert. Statuen von Kolumbus wurden geschliffen. Es traf aber auch Zeitgenoss:innen, wie Harry-Potter-Autorin J.K. Rowling, der Transphobie vorgeworfen wurde.

Diese sich als woke Linke begreifende Strömung der US-Linken unterscheidet sich sowohl von den Verfechter:innen libertärer Meinungsfreiheitsfetischist:innen, als auch von traditionellen marxistischen Linken, die in vielen Kämpfen der woken Linken in klassisch marxistischer Denkweise Nebenwidersprüche sahen, die die Mehrheit der Gesellschaft nicht betreffen würden.

Globaler Pranger

Auch der Begriff „woke" („aufgewacht") kommt selbstverständlich aus den USA und bedeutet ursprünglich, sensibel, wachsam und politisch engagiert gegenüber gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten und Diskriminierung zu sein. Den Woken geht es dabei sehr stark um öffentliche Formen der Repräsentation, etwa der Sprache.

Kritik aus dieser woken Linken bedeutet allerdings nicht immer, dass diese gleich für staatliche Repression eintreten. Dass solche Kritik manchmal prangerähnliche Züge annimmt, liegt weniger an dieser neuen Strömung der Linken, als an der Logik von Social Media selbst, die mit globalen Shitstorms überhaupt erst den globalen Pranger ermöglicht hat.

So problematisch diese Formen des globalen Prangers auch in Einzelfällen sein mögen, so problematisch ist

aber auch die Opferrolle, in die sich Kritisierte oft begeben. Nicht nur die vermeintliche Cancel Culture ist ein Problem für eine demokratische Öffentlichkeit, sondern auch der Vorwurf der Cancel Culture mit dem sich Rassist:innen, Sexist:innen, Antisemit:innen oder Schwulen- und Frauenhasser gegen Kritik immunisieren und sich das Recht auf Hass in der Öffentlichkeit erstreiten wollen.